

Kleine Anfrage Eva Gammenthaler (AL): Verstärkte Repression – trifft es alle gleich?

Seit den neue Weisungen des Bundes zur Eindämmung der Corona-Pandemie kann in der Stadt Bern eine verstärkte Präsenz der Kantonspolizei beobachtet werden.

Die starke Polizeipräsenz scheint darauf abzuzielen, Menschen zu ermahnen und zu büssen, welche sich nicht an die neu etablierten Regeln halten. Es fällt auf, dass die Polizeipräsenz nicht gleichmässig in der Stadt verteilt ist. Während an gewissen Orten Menschen in grösseren Gruppen nahe beieinandersitzen oder auf Baustellen die geforderten Abstände nicht einhalten, ist dennoch von Polizei und den einhergehenden Strafen keine Spur zu sehen. An anderen Orten, an welchen sich Menschen regelmässig aufhalten, die auf diese öffentlichen Orte und die damit verbundenen sozialen Kontakte angewiesen sind (Bahnhof, Bollwerk), scheint hingegen die Repression verstärkt zu sein. Vermehrt werden Bussen und Wegweisungen erteilt.

Der Gemeinderat spricht hingegen davon, dass die hohe Präsenz der Polizei der Sensibilisierungsarbeit in Bezug auf die Corona-Distanzregeln diene. Polizeisprecherin Jolanda Egger gab in der NZZ an, dass die Polizei vor allem im Dialog versuche, die Corona-Bestimmungen durchzusetzen.

Wir bitten den Gemeinderat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welches sind die primären Einsatzgebiete der Kantonspolizei seit den neu etablierten Massnahmen?
2. Wie wird sichergestellt, dass die Präsenz gleichmässig in der Stadt verteilt ist?
3. Auf welcher rechtlichen Grundlage basieren die ausgesprochenen Bussen?
4. Nach welchen Kriterien werden Bussen ausgesprochen?
5. Nach welchen Kriterien werden Wegweisungen erteilt?
6. Wie viele Bussen wurden seit Beginn der Corona-Krise bereits ausgesprochen?
7. An welchen Orten und aus welchen Gründen wurden die Bussen ausgesprochen?

Bern, 23. April 2020

Erstunterzeichnende: Eva Gammenthaler

Mitunterzeichnende: Tabea Rai